

Politische Bildung in Afrika

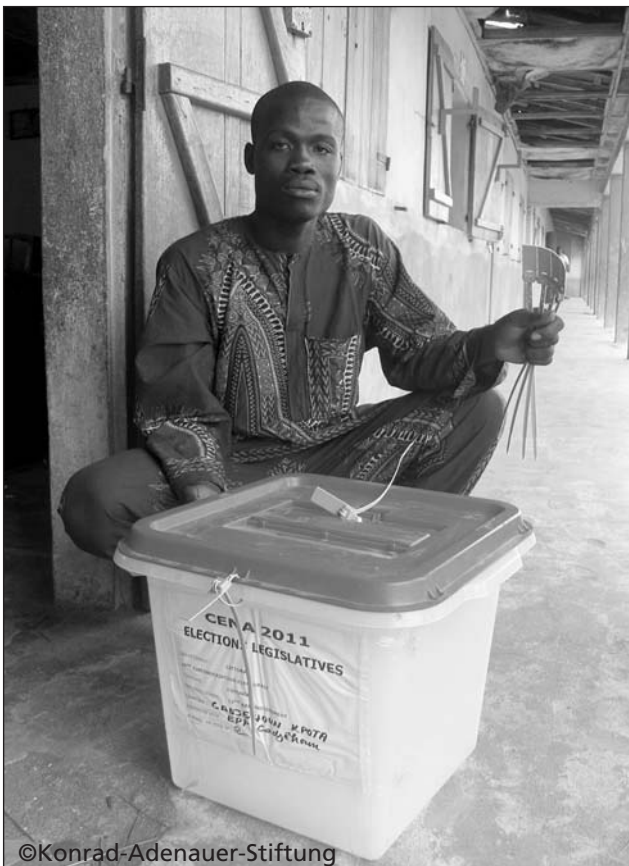
Der Beitrag der politischen Stiftungen zur Demokratieförderung

Elke Erlecke/Maria Zandt

Politische Stiftungen stellen in Afrika einen wesentlichen Bestandteil der deutschen Entwicklungszusammenarbeit und westlichen Außenpolitik dar. Sie unterstützen durch politische Zusammenarbeit und Bildung die demokratische Transformation und Konsolidierung nicht nur in Nordafrika, sondern in vielen Staaten südlich der Sahara. Externe Demokratieförderung orientiert sich an internationalen Leitlinien und nationalen Interessen. Sie folgt dem Grundsatz „Keine Demokratie ohne Demokraten“ und richtet daran ihre nach Nachhaltigkeit strebende Etablierung von demokratischen Eliten und stabilen staatlichen Strukturen aus.

Von Südafrika bis Tunesien – ein Abriss der Demokratieentwicklung in Afrika

Das Afrikabild in der Öffentlichkeit ist vielerorts von Bildern von Armut, Krieg und Elend geprägt. Afrika gilt in den Augen vieler immer noch als ein Kontinent, der von Diktatoren regiert und von blutigen ethnischen Auseinandersetzungen dominiert ist. Dennoch hat sich seit den Unabhängigkeitserklärungen der afrikanischen Staaten Anfang der 60er Jahre vieles geändert. Obwohl die meisten afrikanischen Staaten demokratische Fortschritte



©Konrad-Adenauer-Stiftung

Szene eines Wahlvorgangs in Benin

gemacht haben, weist die Demokratieentwicklung erhebliche Unterschiede zwischen den Staaten des Kontinents auf. Während Länder wie Mauritius und Botswana seit ihrer Unabhängigkeit als Demokratien gelten können, hat in den meisten afrikanischen Ländern erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs ein Demokratisierungsprozess eingesetzt.

In den meisten afrikanischen Ländern hat erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs ein Demokratisierungsprozess eingesetzt

Parallel zu den Geschehnissen auf dem europäischen Kontinent führten die desaströse wirtschaftliche Lage und die Folgen der Strukturanpassungsprogramme Ende der achtziger Jahre zu vermehrten Protesten, die nach und nach auch mit politischen Forderungen verbunden waren. Die „afrikanische Perestroika“ forderte in vielen afrikanischen Staaten ein Ende der autoritären Herrschaftsführung und demokratische Reformen. Das Ende der Apartheid in Südafrika 1990 wurde zum Symbol des demokratischen Transformationsprozesses in Afrika. Doch während in Benin Präsident Kérékou in eine Nationalkonferenz und eine Übergangsregierung einwilligte, waren die Zugeständnisse in anderen Staaten geringer. Dennoch stand – Malawi und Sudan ausgenommen – eine demokratische Transition in allen afrikanischen Staaten zumindest zur Debatte, nicht alle haben sie allerdings vollzogen.¹

Die Demokratieentwicklung in Afrika ist noch jung und bedarf dementsprechend in vielen Staaten einer Konsolidierung. Viele der vermeintlichen Demokratien sind lediglich

Wahlen werden zwar regelmäßig durchgeführt, dienen aber nur dazu, die herrschende Partei oder die Präsidenten im Amt zu bestätigen

lediglich elektorale Demokratien, die zwar regelmäßig Wahlen durchführen, diese aber nur dazu dienen, die herrschende Partei oder herrschende Präsidenten im Amt zu bestätigen. Laut dem Freiheitsindex von *Freedom House* ist die Zahl der freien Demokratien zwischen 1990 bis 2011 von vier auf neun der 52 afrikanischen Staaten gestiegen, während die Zahl der teilweise freien Staaten von 15 auf 23 stieg und 1990 28 Staaten im Gegensatz zu 20 Staaten im Jahr 2011 unfrei waren. Zu den Demokratien zählen Benin, Botswana, Ghana, Kap Ver-

¹ Vgl. Erdmann, Gero: Demokratisierung und Demokraten in Afrika - Zwischenbilanz nach einem Dezennium, in: Jakobkeit, Cord/Hofmeier, Rolf (Hrsg.): Afrika-Jahrbuch 2000, Opladen 2001, S. 36-47 Afrika Jahrbuch 2000

de, Mali, Mauritius, Namibia, São Tomé und Príncipe und Südafrika.² Dennoch: vorbildhafte Demokratien gibt es in Afrika bislang nicht. Die wenigen Demokratien zeichnen sich vielmehr durch politischen Elitismus und ein hohes Maß an sozialer Ungerechtigkeit aus.³

Während zur Jahrtausendwende der Optimismus der 90er Jahre durch stagnierende Demokratisierungsprozesse und Rückfälle in blutige Kriege, wie in Rwanda, der Demokratischen Republik Kongo, Liberia und Sierra Leone, nachgelassen hatte, scheinen die Ereignisse in Nordafrika Anfang 2011 uns eines Besseren zu belehren. Die Jasmin-Revolution in Tunesien und die Flucht des tunesischen Staatsoberhaupts *Zine el-Abidine Ben Ali* haben eine neue Welle von Demokratiebewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten losgetreten. Die autoritären Regime, die vorher als undurchdringbar und fest verankert galten, wurden entweder wie in Tunesien und Ägypten von den Demonstranten der Straße vertrieben, oder wie in anderen Staaten der Region doch zumindest in ihren Fugen schwer erschüttert. Mit der Nutzung moderner

Mit der Nutzung moderner Kommunikationsmittel und sozialen Netzwerken haben die Demokratiebewegungen in Nordafrika und dem Nahen Osten eine neue Dimension erreicht

Kommunikationsmittel und sozialen Netzwerken haben die Demokratiebewegungen in Nordafrika und dem Nahen Osten eine neue Dimension erreicht. Der Ausgang dieser epochalen Umwälzungen ist allerdings noch nicht abzusehen, und es wird

abzuwarten bleiben, wo sie erfolgreich sein werden, und wo die derzeitigen Herrscher die Oberhand behalten werden. Auch ist Vorsicht geboten, denn wie die Erfahrung anderer afrikanischer Staaten zeigt, kann der Demokratisierungsprozess auch schnell ins Stocken geraten und autoritäre oder extremistische Kräfte können erneut die Oberhand gewinnen.

Externe Demokratieförderung – ohne Good Governance keine Entwicklung

Der Transformationsprozess der 90er Jahre führte bei den internationalen Gebern zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem Thema Demo-

kratieförderung und Good Governance. War man doch optimistisch, dass mit den eingeleiteten politischen Transformationsprozessen Demokratie und eine freie Marktordnung triumphieren würden. Ohne Gute Regierungsführung keine Entwicklung, so die These. Ohne den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen und demokratisch legitimierter Institutionen, ohne die Partizipation der Bevölkerung und effektive Ausübung der Kontrollfunktion des Parlaments ist eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich. Deren Aufbau zu unterstützen ist Aufgabe externer Demokratieförderung.

Der entscheidende Wandel muss von innen kommen und kann von der internationalen Gemeinschaft lediglich unterstützt, aber nicht erzwungen werden

Eines steht allerdings fest: die Festigung der Demokratie muss von innen kommen. Ohne den politischen Willen der Partnerregierungen, Eigenverantwortung zu übernehmen und notwendige Reformen durchzuführen,

wird die externe Demokratieförderung nicht von Erfolg gekrönt sein. Der entscheidende Wandel muss von innen kommen und kann von der internationalen Gemeinschaft lediglich unterstützt, aber nicht erzwungen werden.

Dennoch können internationale Geber den Demokratisierungsprozess fördern. Im Vordergrund stehen dabei die Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen, unabhängiger Rechtsprechung, bei einem funktionierenden Mehrparteiensystem und einer aktiven Bürgergesellschaft. Hierbei gilt es besonders die Führungseliten entsprechend weiterzubilden, seien es Vertreter der politischen Parteien, der Parlamente, der Regierungen oder der Gerichte. Sie können dazu beitragen, demokratische institutionelle Strukturen aufzubauen und Rechtsstaatlichkeit zu schaffen. Eine Demokratie lebt aber nicht nur von ihren Institutionen und politischen Eliten, sondern auch von einer effektiven Partizipation und Kontrolle der Zivilgesellschaft. Hier gilt es sowohl Nichtregierungsorganisationen als auch die Medien zu stärken. Zunehmend verbreitet sich auch die Erkenntnis, dass nicht nur einzelne Institutionen und Akteure unterstützt werden müssen, sondern besonders der politische Dialog zwischen der politischen und der zivilgesellschaftlichen Sphäre gefördert werden muss. Strategien der Armutsbekämpfung können nur nachhaltig sein, wenn von Anfang an alle Akteure einbezogen sind und es bei ihrer Umsetzung kontinuierliche Kontrollmechanismen durch die Parlamente, Gerichte, die Zivilgesellschaft und die Medien gibt.

2 Freedom House, <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011>

3 Vg. Erdmann, Gero, a. a. O.

Demokratieförderung sollte als Querschnittsaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit verstanden werden

Externe Demokratieförderung darf dabei aber nicht in die Versuchung geraten, festgeschriebene Demokratiemodelle zu vermarkten. Vielmehr geht es darum, universelle Werte von Freiheit, Transparenz, Rechtssicherheit und Respekt vor politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten zu vermitteln. Demokratieförderung sollte dabei als Querschnittsaufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit, zum Beispiel bei der Unterstützung des Aufbaus von funktionierenden Bildungs- und Gesundheitssystemen oder Infrastrukturmaßnahmen, verstanden werden.

Die Rolle der politischen Stiftungen in der Demokratieförderung

Die deutschen politischen Stiftungen gehören zu den ältesten und erfahrensten Akteuren im Bereich der internationalen Demokratieförderung. Sie komplettieren damit die offizielle Entwicklungszusammenarbeit. Im Gegensatz zu dem erst in den 90er Jahren wachsenden Interesse der internationalen Geber an Demokratieförderung blicken die deutschen Stiftungen auf nahezu 50 Jahre Erfahrung in diesem Bereich zurück. Die beiden großen politischen Stiftungen, die *Friedrich-Ebert-Stiftung* und die *Konrad-Adenauer-Stiftung*, sind bereits seit den 60er Jahren neben ihren Aktivitäten in Deutschland auch im Bereich der internationalen Demokratieförderung tätig.

Die Unterstützung von politischen Transformationsprozessen und der Konsolidierung repräsentativer Demokratien und rechtsstaatlichen Prinzipien konzentrierte sich in den frühen Jahren besonders auf Lateinamerika und weitete sich dann sukzessive auf die anderen Kontinente aus. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist heute mit 80 Büros in über 100 Ländern rund um die Welt aktiv. Neben den deutschen Stiftungen ist eine Vielzahl anderer internationaler politischer Stiftungen, wie zum Beispiel das amerikanische *National Democratic Institute* oder das niederländische *Institute for Multiparty Democracy*, im Bereich Demokratie- und Parteienförderung aktiv.

Schwerpunkt der Stiftungsarbeit im demokratischen Transformationsprozess ist die Fortbildung von politischen und gesellschaftlichen Führungseliten und die Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen. Dabei arbeiten die Stiftungen schwerpunktmäßig auf der Basis einer werteorientierten Partnerschaft mit Parteien, aber auch mit Parlamenten, Organisationen der Zivilgesellschaft und den Medien zusammen.

Schwerpunkte der Stiftungsarbeit im demokratischen Transformationsprozess sind die Fortbildung von politischen und gesellschaftlichen Führungseliten und die Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen

Durch ihre relative Unabhängigkeit von Regierungsverhandlungen mit den Partnerländern können die politischen Stiftungen neben den staatlichen Autoritäten auch mit Oppositionsparteien, zivilgesellschaftlichen Gruppen und kritischen Medien kooperieren. Dieses Alleinstellungsmerkmal ermöglicht es ihnen, pro-demokratische Strömungen auch in autoritären und sensiblen politischen Rahmenbedingungen bereits an der Wurzel zu fördern.

Durch ihre langjährige Tätigkeit pflegen die politischen Stiftungen in vielen Ländern über Jahrzehnte gewachsene enge Verbindungen zu ihren Partnern und können sich so auf ein solides Netzwerk politischer und gesellschaftlicher Kräfte stützen. Das dadurch



Schulung Zivilgesellschaft regional

entstandene Vertrauensverhältnis ermöglicht es den Stiftungen, auch in politisch schwierigen Situationen den politischen Dialog aufrechtzuerhalten, besonders wenn sich bilaterale Geber zurückziehen müssen.

Die Umwälzungen in der arabischen Welt zeigen, dass sich der langjährige Einsatz dort gelohnt hat. So können sich die Stiftungen auf die jahrelang gepflegten Kontakte zu oppositionellen Gruppen stützen und daran nun gezielt anknüpfen. Allerdings zeigt sich hier auch das Dilemma der klaren Identifikation von pro-demokratischen Kräften. Die ideologische Verortung der neuen politischen Kräfte lässt sich noch längst nicht ausmachen. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für die Stiftungen in Nordafrika, sondern in Afrika generell. Angesichts von strukturell und programmatisch schwachen Parteiensystemen gibt es oftmals keine direkten ideologisch und wertegleichen Schwesterparteien für die Stiftungen. Hier gilt es zunächst breiter angelegt reformwillige politische und gesellschaftliche Kräfte weiterzubilden und besonders den politischen Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft zu fördern.⁴

Politische Bildung in Afrika: Ansätze der Konrad-Adenauer-Stiftung in Westafrika

Den Bürgern Wissen über Politik und Wirtschaft zu vermitteln, sie als Mitglieder der Zivilgesellschaft zu (politischem) Engagement zu motivieren – dies ist der kleinste gemeinsame Nenner aller politischen Bildungsmaßnahmen. Im afrikanischen Umfeld treten Bedingungen und Hindernisse, Fortschritte

Gemeinsame Interessen und Werte bestimmen Ausmaß, Methoden und Zielsetzungen der politischen Bildungsmaßnahmen

und Erfolge politischer Bildung mit besonderer Schärfe hervor. Politische Bildung findet hier im Kontext politischer Zusammenarbeit statt. Ziel ist die Kooperation auf Augenhöhe mit den

Partnern vor Ort, die Verantwortung für ihr politisches Handeln übernehmen und souverän über das Schicksal ihres Landes bestimmen. Gemeinsame Interessen und Werte bestimmen Ausmaß, Methoden und Zielsetzungen der politischen Bildungsmaßnahmen. Beispielhaft soll dies im Folgenden an Hand des **Regionalprojektes Politischer Dia-**

log Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) gezeigt werden.

Im Jahr 2012 werden es zwanzig Jahre her sein, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung für die Staaten Benin, Togo, Côte d'Ivoire, Burkina Faso, Niger und Mali ein Programm auflegte, das sich nach mehreren Umstrukturierungen heute drei Hauptziele setzt: Zusammenarbeit mit Parteien und Parlamenten, Sicherheitsdialog in der Region, Dialog über Soziale Marktwirtschaft. Grundsätzlich hatte und hat die Arbeit zum Ziel, mit Eliten zusammenzuarbeiten und langfristig Strukturen zu ändern.

Stabil statt labil: Eliten fördern – Strukturen verändern

In den Jahren nach den demokratischen Revolutionen von 1990 kam es zunächst darauf an, in einer Region von der Größe Westeuropas die Zivilgesellschaft aufzubauen und damit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine verstärkte Rolle im Dialog mit der Politik zu geben. Ein Beispiel: der dreijährige Ausbildungslehrgang *Contrôle Social*. Sechs Generationen lang bildete die Konrad-Adenauer-Stiftung junge Freiwillige zivilgesellschaftlicher Organisationen in einer dreijährigen Ausbildung aus. Sie kommen aus NGOs, die in den Bereichen Demokratieförderung und Menschenrechtsschutz arbeiten. Am Ende des Lehrgangs sind sie Animateure der Erwachsenenbildung, das heißt, sie werden ihr Wissen an die Bevölkerung als Multiplikatoren weitergeben. Die langjährige Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zielte langfristig auf deren selbständiges Agieren ab. Schulungen in Projektmanagement und -förderung machten die zivilgesellschaftlichen Gruppen wettbewerbsfähig auf dem freien Markt. Sie sind nunmehr fähig, Projekte in Eigeninitiative zu akquirieren, sie definieren Zielsetzungen und entwerfen Projekte für demokratisches Lobbying.

Zivilgesellschaft aufbauen heißt auch *Wissen für die Bevölkerung* bereitstellen. Studenten aus der Programmregion stehen zum Beispiel Studiengänge am UNESCO-Lehrstuhl für Menschenrechte an der Universität Cotonou offen, der 1995 gegründet wurde, um die demokratische Entwicklung in Benin und in der Region zu unterstützen. Daneben wendet sich der Lehrstuhl mit Seminaren und Konferenzen an die interessierte Öffentlichkeit.

Parteien in Afrika erfüllen ihre Rolle, die ihnen eigentlich in der Demokratie zugeordnet ist, nur unvollständig. Politischen Parteien kommt in einer Demokratie die Aufgabe zu, gesellschaftliche Interessen zu vertreten, sich selbst für diese Aufga-

4 Vgl. Weissenbach, Kristina: Wenn nicht jetzt, wann dann: Zur Parteienförderung der deutschen Stiftungen in Zeiten der Transition, in: Zeitschrift für Politikberatung, Juni 2011, Heft 1, Nomos.



Der UNESCO-Lehrstuhl für Demokratie und Menschenrechte veranstaltete im Juli 2011 eine Regionalkonferenz zum Thema Menschen- und Flüchtlingsrechte in Cotonou

ben zu organisieren und programmatisch aufzustellen sowie Personal für politische Führungsaufgaben eines Staates bereitzustellen. Alles dies geschieht in einem ständigen Wettbewerb der verschiedenen politischen Anbieter. Afrikanische

Strukturelle Schwächen, wie fehlende Finanzierungsquellen, Konzentration auf wenige Führungspersönlichkeiten und eine unzulängliche Innen- und Außenkommunikation, verbinden sich mit mangelnder Programmatik in afrikanischen Parteien

große Schwierigkeiten, angesichts des herrschenden Anciennitätsprinzips Führungs- und Entscheidungspositionen innerhalb der Parteien zu erhalten, bei Frauen kommt der Kampf gegen das Patriarchat hinzu. Entsprechend agiert politische Bildung im Parteienbereich: Coaching von Einzelpersönlichkeiten, Aufbauhilfe für Parteistruktur und -organisation, Vermittlung von Inhalten und

Parteien haben in der Regel einen weiten Weg vor sich, um diesem Bild zu entsprechen. Strukturelle Schwächen, wie fehlende Finanzierungsquellen, Konzentration auf wenige Führungspersönlichkeiten und eine unzulängliche Innen- und Außenkommunikation, verbinden sich mit mangelnder Programmatik. Junge Politiker haben

Methoden, die sich mit Leadership verbinden, sowie Argumentations- und Programmtrainings erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Parteien.

Das Mandat als Mission verstehen: Zusammenarbeit mit Parlamenten

Parlamente sind Ausdruck der Volkssouveränität. Ihre Abgeordneten sind eine der Hauptzielgruppen der politischen Bildungsarbeit des Regionalprogramms in Westafrika. In den (semi-)präsidentiellen Regierungssystemen des Projektgebietes vermittelt die KAS den Parlamentariern Kenntnisse über Haushaltsrecht, über den Gesetzgebungsprozess sowie über ihre Funktion, die Exekutive zu kontrollieren. In der Praxis sieht dies zum Beispiel im Sahelstaat Niger so aus: Nach der Parlamentswahl Anfang 2011, die die Rückkehr von der Militärjunta zur Demokratie einleitete, waren 80 % der Abgeordneten neu gewählt. Weniger als ein Viertel konnte Erfahrungen in der parlamentarischen Arbeit vorweisen. In diesem Fall konnte das Regionalprogramm direkt mit der Schulung der Parlamentarier beginnen, da der Chef der Militärjunta die Konrad-Adenauer-Stiftung nach den Wahlen bereits um Unterstützung gebeten hatte. Ein seltener Glücksfall – im Niger hatte das Militär seine Verantwortung für stabile staatliche Struktu-

ren ernst genommen. Weniger positiv waren die Ausgangsvoraussetzungen für die Schulung: Die Mehrzahl der neuen Abgeordneten hatte weder ein klares Bild von ihren Aufgaben noch von der Rolle von Fraktionen oder Ausschüssen. Was die Tätigkeiten eines Parlamentariers ausmacht, war unklar. Was zu seiner Rolle bei Gesetzgebung und Regierungskontrolle gehört, ist nicht bekannt. Die Folge für Methode und Inhalt der Schulung war ein dichtes Informationsangebot mit genügend Freiraum zu vertiefender Diskussion und Nachfragen, um die politische Situation im eigenen Land zu reflektieren. Die kognitive Ebene war aber nur eine Seite der Medaille bei dieser Schulung. Immer wieder wurde bei allen Diskussionen deutlich, dass die alten Grabenkämpfe aus der Zeit des Militärputsches im Jahr 2010 und aus den anschließend heftig geführten Wahlkämpfen noch längst nicht

Der endgültige Schritt zu einer politischen Kultur, die den Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungsrolle als normal akzeptiert, ist noch lange nicht getan

beigelegt waren. Der endgültige Schritt zu einer politischen Kultur, die den Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungsrolle als normal akzeptiert, ist noch lange nicht getan. Was ebenfalls völlig fehlte:

das Bewusstsein für einen permanenten Dialog der Gewählten mit ihren Wählern – auch außerhalb von Wahlkampfzeiten. Erste Schritte in dieses demokratische Neuland wurden getan: Die Abgeordneten entwickelten nach dem Prinzip „Erfahrungen teilen“ Überlegungen zu einem Parlamentarierhandbuch, zu Besuchen der Bevölkerung im Parlament sowie zur Einrichtung von Abgeordne-

tenbüros, die den Kontakt mit der Bevölkerung verstetigen sollen.

Regionaler Sicherheitsdialog: Militär, Politik und Zivilgesellschaft

Militär und Sicherheitskräfte halten sich in Westafrika in der Regel nicht an die in der Verfassung verankerten Aufgaben wie dem Schutz der Außengrenzen und der Bevölkerung. Das Parlament bzw. die Regierung kontrollieren das Militär nur in den seltensten Fällen. Dabei sind die Sicherheitskräfte

Sicherheitskräfte sind zumeist der einzig stabile und berechenbare Faktor eines Landes

zumeist der einzig stabile und berechenbare Faktor eines Landes. Um diesen auch zu einem Faktor der Demokratie zu machen, leitete die

Konrad-Adenauer-Stiftung in Westafrika daher frühzeitig demokratische Bildungsmaßnahmen für Sicherheitskräfte ein. Soldatinnen und Soldaten lernen, dass sie „Bürger in Uniform“ sind und nicht eine privilegierte Sondergliederung der Gesellschaft, die ermächtigt ist, Menschenrechtsverletzungen zu begehen und sich willkürlich jenseits des Rechtsstaates zu begeben. Demokratische Grundwerte und Spielregeln stehen im Zentrum der Maßnahmen. Daneben treffen sich Angehörige des Offizierskorps mit zivilen Politikern und tauschen sich über generelle Fragestellungen der Demokratie wie auch über aktuelle politische Fragen aus. Dieser Dialog sorgt für Verständnis und Vertrauen zwischen den beiden Gruppen.⁵ In innenpolitisch instabilen Situationen, in Kriegs- oder Putschszenarien, wie 2010 im Niger oder in der Elfenbeinküste, können solche langjährig durchgeführten Maßnahmen einen wichtigen



©Konrad-Adenauer-Stiftung

Militärschulung in Mali

5 „Die Militärs konnten zeigen, dass sie auch „normale“ Menschen sind, wie ihre Mitbürger – Väter, Ehemänner, Freunde, Nachbarn etc. - sobald sie nach Feierabend ihre Uniform abgelegt haben. (...) ‚Das Eis wurde gebrochen‘, so ein befragter Militär über die Wirkung der gemeinsamen Konferenz zwischen Sicherheitskräften und Zivilgesellschaft“, in: Evaluierung Regionalprojekt Politischer Dialog Westafrika, hrsg. von der Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2009, S. 29.

Beitrag dazu leisten, um die Stabilität in der Region wieder zu etablieren.

Die Revolution in Nordafrika war zu großen Teilen ein Produkt moderner Kommunikation und sozialer Netzwerke. Vier Flugstunden weiter südlich, in den Staaten der Atlantikküste, hatte die politische

Schon vor den Umwälzungen im Norden wurde damit begonnen, der rasanten Entwicklung der Medien Rechnung zu tragen

Bildung bereits schon vor den Umwälzungen im Norden begonnen, der rasanten Entwicklung der Medien Rechnung zu tragen. So ergänzen oder ersetzen *virtuelle Maßnahmen* die traditionel-

len Konferenzen und Seminare. Sie geben Raum für Diskussion und für die Erweiterung von Kenntnissen zu ausgewählten politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen. Das Angebot richtet sich sowohl an junge Nachwuchspolitiker als auch an Vertreter der Zivilgesellschaft. Die *Virtuelle Akademie* benutzt das soziale Netzwerk NING als Plattform, auf der jeder Teilnehmer ein eigenes Profil anlegt, auf der Dokumente, Videos und Fotos hinterlegt werden können, und bei der eine Chatfunktion den direkten Austausch ermöglicht. Die beiden Zielgruppen werden bei Präsenzseminaren im Umgang mit der Virtuellen Akademie geschult. Um sie als aktive Mitgestalter einzubinden, konnten sie von Anfang an eigene Ideen zur Gestaltung des Forums einbringen. Debatten zwischen jungen Politikern über das Thema *Soziale Marktwirtschaft* finden so seit einiger Zeit nicht nur an Wochenenden in Abomey, Kpalime oder Niamey vor Ort statt. Der intensiven Diskussion steht allerdings die in der Region mangelhafte Internetverbindung entgegen. Die Lösung: Virtuelle Seminare werden stets über einen Zeitraum von bis zu vier Wochen angeboten, dazu wird auf Direktnachrichten verzichtet.

Was bleibt? Nachhaltige Demokratieförderung in Afrika

Wie erreicht man Nachhaltigkeit in einer Region, in der defekte Demokratien vorherrschen, in der politische Führung weniger durch verbale als durch materielle Argumente erreicht wird und europäische Kategorien von Kommunikation und Zeit eher fehlschlagen? Der Schlüssel liegt wohl in einer konsequenten Anwendung aller uns bekannten Faktoren, die Nachhaltigkeit bewirken können. Aber davor stehen Faktoren, die nicht auf der rationalen Sachebene liegen, nämlich der langfristige Aufbau von Vertrauen, die Bereitschaft, Erfahrun-

gen zu teilen und die klare Vereinbarung von Wertgrundlagen.

Politische Bildung soll das *Vertrauen in die Demokratie* stärken. Dazu gehört zunächst das Vertrauen der Partner in die Institutionen der Politischen Bildung, der Glaube daran, dass unsere Maßnahmen (im Gegensatz zu in Afrika vielfach erlebtem staatlichen oder parteilichen Handeln) uneigennützig sind. Vertrauen im Verlauf der Politischen Bildung entsteht aber nur durch den Dialog der unterschiedlichen Gesprächspartner, welche die Programme in Beziehung setzen, seien es nun Parlamentarier eines Verteidigungsausschusses und Generalstabsoffiziere oder Unternehmer und Regionalräte. Nachhaltigkeit kann weiterhin erreicht werden, wenn im Rahmen der Veranstaltungen Diskussionen zugelassen und Gleichberechtigung erlebt werden. Nachhaltig werden die Maßnahmen, wenn sie vor Ort stattfinden. Denn erst nehme ich meine Partnerorganisation nur, wenn ich als Veranstalter/-in bereit bin, mich in dezentralen Maßnahmen an ihren Wohnort oder den ihrer politischen Tätigkeit zu begeben und zu sehen, in welchem Umfeld ihr Denken gewachsen ist. Um wie viel mehr trifft dies zu, wenn es sich z. B. um so unterschiedliche Regionen wie Benin an der Atlantikküste oder Niger in der Sahel-Sahara-Zone handelt, das die Auswirkungen der nordafrikanischen Verwerfungen unmittelbar zu spüren bekommt.

Soziale Marktwirtschaft: Ein Thema – viele Wege

Am Beispiel der Sozialen Marktwirtschaft lässt sich aufzeigen, wie ein Querschnittsthema mit *methodischer Vielfalt* und *multiperspektivisch* über mehrere Zielgruppen und Partner *langfristig* in die gesellschaftliche und politische Diskussion in den afrikanischen Kontext implementiert werden kann. Es gibt nicht *das* Modell für die afrikanische Soziale

Es gibt nicht *das* Modell für die afrikanische Soziale Marktwirtschaft, es gibt auch keine internationale Soziale Marktwirtschaft

Marktwirtschaft, es gibt auch keine internationale Soziale Marktwirtschaft. Europäer/-innen können lediglich in Afrika ihre Erfahrungen mitteilen, mit Afrika in den Dialog eintreten und die Verantwortlichen in Afrika

aus vielen internationalen Quellen letztendlich selbst das adäquate Modell für afrikanische Verhältnisse finden lassen.⁶ Die Folge für die Arbeit

6 So Bundespräsident a. D. Prof. Horst Köhler in seiner John A. Kufuor Foundation Inaugural Lecture „Walking the Tight Rope: Balancing State, Market and Society“, 20. September 2011, University of Ghana.

politischer Stiftungen vor Ort: Diskussion über Soziale Marktwirtschaft findet zum einen im universitären Kontext statt, zum anderen ist die ordnungspolitische Variante auch Top-Thema, wenn junge Politiker/-innen über Programme für die nächsten Wahlen diskutieren oder Unternehmerinnen eine verbandliche Agenda neu formulieren. Das *Institut des Artisans de la Paix et de la Justice* in Cotonou wiederum fügt mit seinen monatlichen Beiträgen den unerlässlichen Aspekt der christlichen Soziallehre hinzu. Vorträge und Diskussionen auf Expertenniveau allein haben aber noch nicht die angestrebte Breitenwirkung. Diese wird seit Jahren durch TV-Sendungen in vier westafrikanischen Staaten erreicht.

Anstoß von außen, Wandel von innen kann die grundsätzliche Methode politischer Bildung in Afrika zusammenfassen. Was jedoch ihre Nachhaltigkeit ausmacht, ist die Verankerung demokratischer Grundsätze in der Bevölkerung: *Es gibt keine Demokratie ohne Demokraten* – das gilt auch zwischen Tunis und Cotonou.

Bibliographie

Burnell, Peter: Democracy Promotion: The Elusive Quest for Grand Strategies, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 3, 2004.

Erdmann, Gero: Probleme der internationalen Parteienförderung, in: KAS Auslandsinformationen Nr. 11, 2006.

Erdmann, Gero: Demokratisierung und Demokraten in Afrika – Zwischenbilanz nach einem Dezenium, in: Afrika Jahrbuch 2000.

Kolb, Andrea: Demokratieförderung ist dringlicher denn je, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politische Meinung, Nr. 457, Dezember 2007

Mair, Stefan: Germany's Stiftungen and Democracy Assistance: Comparative Advantages, New Challenges, in: Peter Burnell (Hrsg.): Democracy Assistance. International Co-operation for Democratization, London, 2000, Frank Cass, S. 128–149

Weissenbach, Kristina: Wenn nicht jetzt, wann dann: Zur Parteienförderung der deutschen Stiftungen in Zeiten der Transition, in: Zeitschrift für Politikberatung, Juni 2011, Heft 1, Nomos



Elke Erlecke ist Leiterin des Regionalprogrammes Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung, wo sie seit 1992 arbeitet. Sie war in Berlin, Erfurt, Karlsruhe und Stuttgart tätig, dort zuletzt als Landesbeauftragte für Baden-Württemberg.



Maria Zandt studierte Politikwissenschaft. Sie arbeitet als Projektassistentin im Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cotonou/Benin und ist dort an der Schnittstelle zwischen Demokratie- und Good Governance Förderung und Politischer Bildung tätig.

Beide sind zu erreichen über die Adresse: Fondation Konrad Adenauer, Representante Residente Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika, Lot 07 Les Cocotiers, B.P. 01 - 3304 R.P. Cotonou, République du Bénin